

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 30. April 2015

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg, Bernnat, Böhringer, Cyperrek, Denzer, Escher, Glattacker, Gula, Herzog, Heuer, Höfler, Kiefer, Krämer, Krauel, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Perinelli, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Salinas de Huber, Schlecht, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wiesiollek (ab 18.00 Uhr)
Entschuldigt:	Claassen, Di Prima, Jaenisch, Simon, Werntaler
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Personalratsvors. Sambale-Lebus (ab 18.20 Uhr) Frau Williams, Leiterin des Büros des Vorstands Geschäftsführerin Ziegler-Jung (bis 18.30 Uhr) Fachbereichsleiter Bühler (bis 18.30 Uhr) Komm. Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Schwenzer Fachbereichsleiter Welz (bis 18.30 Uhr) Fachbereichsleiter Wipf Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (ab 18.15 Uhr) Techn. Leiter Friedhöfe Fischer (bis 18.30 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Kurfeß und Stadtrat Heuer
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	18.55 Uhr

TOP 1

Freiwillige Feuerwehr; Bestätigung der Wahl des Abteilungskommandanten der Abteilung Lörrach

Vorlage: 041/2015

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeiter der Verwaltung und die anwesenden Vertreter der Presse. Er führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass der Bewerber Herr Künstle aus beruflichen Gründen nicht da sein könne.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Wiederwahl von Markus Künstle zum Abteilungskommandanten der Abteilung Lörrach wird zugestimmt.

TOP 2

Dritte Fortschreibung des Märkte- und Zentrenkonzeptes vor dem Hintergrund des digitalen Wandels

Vorlage: 020/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein. Man müsse Strukturen und Investitionssicherheit schaffen. Man arbeite stets an den besten Lösungen, könne aber nicht immer allen gerecht werden.

Stadträtin Höfler ist der Meinung, dass das Märkte- und Zentrenkonzept bisher sehr erfolgreich gewesen sei und fortgeführt werden müsse. Es habe zu einer positiven Stadtentwicklung beigetragen. Zwar habe es gelegentlich auch streitbare Punkte und Diskussionen gegeben, grundsätzlich aber habe das Märkte- und Zentrenkonzept sehr gut als Steuerungsinstrument angewendet werden können. Eine Fortschreibung des Konzeptes im fünfjährigen Rhythmus mache indes Sinn. Auch die gute Zusammenarbeit mit dem örtlichen Handel, der Industrie- und Handelskammer und der Gastronomie in Lörrach müsse aufrechterhalten werden. Man habe ursprünglich nicht persönlich gegen das Büro von Dr. Acocella argumentieren wollen, habe aber in Erwägung gezogen, dass eine neue Perspektive dem Märkte- und Zentrenkonzept zusätzliche Impulse gegeben hätte.

Stadtrat Schlecht führt aus, dass es anstelle von Dr. Acocella keinen neuen Gutachter brauche. Die Gutachten bisher seien alle fundiert gewesen. Seit 1998 befinde man sich mit den Gutachten auf einem guten Weg. Die Fortschreibung des Märkte- und Zentrenkonzeptes sei absolut notwendig. Eine neue Gesamtbetrachtung der örtlichen Gegeben-

heiten sei sinnvoll. Die Einbindung der Ortsteile in das Konzept müsse indes sichergestellt werden.

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass die Fraktion der Freien Wähler der Vorlage so zustimme. Jedoch müssten auch die Ortsteile in dem Gutachten Berücksichtigung finden.

Stadträtin Kurfeß findet, dass sich das Märkte- und Zentrenkonzept seit 1998 bewährt habe. Es habe immer als Richtschnur der Stadtentwicklung gedient und dem Gemeinderat bei vielen Entscheidungen und gerade bei städtebaulichen Planungen Orientierung gegeben. Heute könne man in Lörrach auf eine attraktive Innenstadt stolz sein. Die letzte Fortschreibung sei im Jahr 2009 erfolgt. Seither werde auch diskutiert, was auf dem Postareal in Zukunft passiere. Man müsse überlegen, was für die Stadt verträglich sei. Mit der Fortschreibung des Märkte- und Zentrenkonzepts könne man an geeigneten Stellen nachjustieren. Die Händler der Stadt stünden einer harten Konkurrenz gegenüber, auch der Konkurrenz aus dem Internet. Auch die Duale Hochschule müsse künftig mit in die Überlegungen einbezogen werden. Die Fraktion der Grünen werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Perinelli erklärt, dass er sich über das Märkte- und Zentrenkonzept freue. Das Büro Dr. Acocella sei ein guter Partner. Herr Krämer vom Verein Pro Lörrach sei im Übrigen nicht gegen das Dienstleistungszentrum. Man müsse mit dem Dienstleistungszentrum endlich vorankommen.

Stadträtin Martin betont, dass es sehr wichtig sei, dass Akteure der Dualen Hochschule in die Prozesse hinsichtlich des Märkte- und Zentrenkonzepts miteinbezogen werden.

Der Vorsitzende tut kund, dass von Seiten der Dualen Hochschule Herr Prof. Dr. Gruninger-Hermann im entsprechenden Gremium mitarbeite. Hinsichtlich des Postareals und des Dienstleistungszentrums werde man neue Betrachtungen anstellen müssen. Auch die Ortsteile werde man im Rahmen der kommenden Prozesse nicht außer Acht lassen. Man wolle die Gesamtstadt im Blick behalten.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, ob man die Entwicklungen und Überlegungen bezüglich des Kreiskrankenhauses mit in die Überlegungen einbeziehe.

Der Vorsitzende sagt, dass sich die Entwicklungen um das Kreiskrankenhaus noch in einem sehr frühen Stadium befänden und eine sichere Bewertung von Entwicklungen in der Zukunft noch nicht stattfinden könne.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Das Märkte- und Zentrenkonzept der Stadt Lörrach ist nach erstmaliger Erstellung im Jahr 1998 und nach zwei Fortschreibungen in den Jahren 2004 und 2008 er-

neut auf räumliche und inhaltliche Aktualität zu überprüfen sowie unter Beachtung der aktuellen Entwicklungen in der Region zu überarbeiten.

2. Mit der Bearbeitung ist das Büro Dr. Donato Acocella, Stadt- und Regionalentwicklung, Lörrach zu beauftragen.
3. Der Auftragsvergabe in Höhe von 53.400 EUR zzgl. MWSt wird zugestimmt. Mittel stehen bei der Wirtschaftsförderung, Produkt 5710 01 00 0000 auf dem Sachkonto 4429 4000 zur Verfügung.

TOP 3

Wohnungspolitisches Maßnahmenpaket der Landesregierung - Stellungnahme der Stadt Lörrach

Vorlage: 057/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Er gibt an, dass auch von Seiten des Bundesgesetzgebers eine Mietpreisbremse eingeführt werden solle. Auch die Landesregierung werde die vorgesehenen Maßnahmen beschließen. Die Gebietskulisse sei indes vom Land neu berechnet worden. Zudem sollen die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau aufgestockt werden.

Stadtrat Lusche zeigt sich von der Vorlage verblüfft. Die Aufnahme der Stadt Lörrach in die Gebietskulisse schätze er kritisch ein. Mit einer Eindämmung der Mietpreise sei in Lörrach nicht zu rechnen. Auch werde es durch die Maßnahmen keine Revolution auf dem Mietmarkt geben. Eine Kappungsgrenze für Mietpreise gebe es bereits. Die Begeisterung der CDU-Fraktion halte sich in Grenzen, dennoch werde man der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Cyperrek erklärt, dass sie sehr wohl von den Maßnahmen begeistert sei. Der Bericht der Fachstelle Wohnungssicherung habe gezeigt, wie kritisch die Lage auf dem Mietwohnungsmarkt zu bewerten sei und wie viele Menschen trotz Arbeit nicht in der Lage seien, sich eine Mietwohnung zu leisten. Die Mietpreisbremse sei ein sinnvolles Instrument zum Schutz der Mieter. Auch die Mietpreisbremse des Bundesgesetzgebers werde begrüßt. Weitere Mittel für den sozialen Wohnungsbau seien dringend notwendig. Der Wohnungsmarkt in Lörrach benötige soziale Leitplanken. Es zeige sich in der Thematik ein parteiübergreifender Konsens. Die Neuregelungen kämen einerseits von der großen Koalition aus Berlin, andererseits von der grün-roten Landesregierung in Stuttgart.

Stadtrat Denzer schätzt die Effektivität der Maßnahmen als gering ein, die Fraktion der Freien Wähler wolle aber dennoch zustimmen.

Stadträtin Kurfeß gibt an, dass die Fraktion der Grünen der Vorlage zustimmen wolle, sich aber nicht zu viel von der Vorlage erhoffe. Sie erwarte durch die Maßnahmen keine großen Entspannungen auf dem Mietwohnungsmarkt. Die Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau seien sehr wichtig. Wichtiger sei aber der konkrete Wohnungsbau. In

diesem Zusammenhang stellt sie im Namen der Fraktion der Grünen einen Antrag zur Erschließung eines neuen Baugebiets/Stadtteils für mehrgeschossigen Wohnungsbau/Mietwohnungsbau unterhalb des Salzerts (Anlage 1).

Stadtrat Perinelli begrüßt die Beteiligung an dem Landesprogramm, ist aber der Meinung, dass die Maßnahmen nicht sonderlich effektiv seien. Die Mietpreise hingen in erster Linie von Angebot und Nachfrage ab. Ebenso wichtig sei eine maßvolle Nachverdichtung. Man müsse insgesamt öfter in die Höhe bauen. So könne man viel Wohnraum hinzugewinnen.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Aufnahme der Stadt Lörrach in die Gebietskulisse für den Erlass einer Kapazitätsgrenzen- und Kündigungssperrfristverordnung wird befürwortet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Stellungnahme neue Förderprogramme für den Sozialen Wohnungsbau mit deutlich attraktiveren Konditionen einzufordern.

TOP 4

Krematorium Lörrach - Neubau einer zweiten Kremationslinie

Vorlage: 044/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass Eigenbetriebsleiter Langela aus gesundheitlichen Gründen nicht anwesend sein könne. Für technische Fragen stehe daher der technische Leiter Friedhöfe Fischer zur Verfügung. Man verfolge mit einer zweiten Krematoriumsline nicht das Ziel die Zahl der Kremationen zu erhöhen, müsse aber aufgrund des anhaltenden Trends zu mehr Kremationen in diesem Zusammenhang handeln. Man habe zudem gegenüber den Bestattern eine Verpflichtung. Man müsse die bisher gute Qualität des Service aufrechterhalten. Momentan gebe es Kooperationen mit den Krematorien in Basel und im elsässischen Sausheim. Wenn die bisher einzige Kremationslinie in Lörrach still stehe, entstünden der Stadt hohe Kosten die nicht durch die Einnahmen gedeckt würden. Für die momentane Anzahl der Kremationen in Lörrach sei ein Ofen alleine nicht mehr ausreichend. Ein zusätzlicher Ofen führe schließlich auch zu einer Entlastung der Mitarbeiter. Der Kremationsbetrieb müsse derzeit im Schichtbetrieb von 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr bewerkstelligt werden, der zudem auch samstags stattfinde. Gäbe es einen zweiten Ofen, könnten die Mitarbeiter entlastet werden, weil sie dann die üblichen Arbeitszeiten wahrnehmen könnten. Die beiden Öfen könnten parallel betrieben werden.

Stadtrat Escher hält die Vorlage für wirtschaftlich belegbar. Durch die Schaffung einer zweiten Kremationslinie könne die gute Qualität des Service aufrechterhalten werden. Die Zahl der Kremationen nehme vielerorts zu. Die Vorlage sei gut erarbeitet worden und die Fraktion der CDU wolle ihr so zustimmen.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass die Vorlage bereits im AUT vorberaten worden sei und ihr Inhalt durch die Führung vor Ort im Krematorium gut nachvollzogen werden könne. Die Zahl der Kremationen nehme dramatisch zu. Die derzeitige Situation sei nicht länger haltbar. Das einzige Krematorium im Landkreis müsse weiterhin wirtschaftlich arbeiten können. Auch sei die räumliche Situation für die Mitarbeiter sehr unbefriedigend. Es benötige auch geeignete Räumlichkeiten für Trauernde, wo diffizile Gespräche geführt werden können. Er hoffe, dass das Personal gut aufgestellt sei und dass die angesetzten Kosten verlässlich sind. Das Regierungspräsidium müsse den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtgrün und Friedhöfe auch für das kommende Jahr wieder genehmigen. Ansonsten könne die Fraktion der SPD der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Pichlhöfer führt aus, dass die Fraktion der Freien Wähler sich bereits im Jahr 1999 für eine zweite Kremationslinie ausgesprochen habe. Dies sei damals abgelehnt worden. Mit dem wirtschaftlichen Verlust hätte man bis zum heutigen Zeitpunkt eine neue Kremationslinie finanzieren können. Das jetzige Personal müsse in Zukunft aufgestockt werden. Bei der räumlichen Situation bestehe dringender Handlungsbedarf. Es gebe noch große Bedenken. Er hoffe, dass die ganze Angelegenheit nicht zu große finanzielle Dimensionen annimmt.

Stadträtin Salach bedankt sich nochmals für die eindrückliche Besichtigung des Krematoriums. Man müsse dringend der Fürsorgepflicht für die Mitarbeiter nachkommen. Man müsse zu normalen Arbeitszeiten zurückkehren und gegebenenfalls räumlich nachjustieren. Sie fragt, ob weitere finanzielle Hürden auf die Stadt zukommen können.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass die Kosten mit einem Betrag von 1,2 Millionen Euro kalkuliert worden seien, mit der Planung wurde das Büro Hummrich und Feigel GbR aus Ilmenau betraut, das sich auf Kremationstechnik spezialisiert hat. Man hoffe nicht auf finanzielle Überraschungen. Der angesetzte Betrag sollte für die geplanten Maßnahmen genügen. Es benötige überdies noch weiterer Kühlmöglichkeiten. Die zweite Kremationslinie solle ab Ende des Jahres betriebsbereit sein.

Fachbereichsleiterin Buchauer sagt, dass die Planungskosten mit in der Kostenkalkulation enthalten seien.

Der Gemeinderat fasst daraufhin einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Planung und Kostenberechnung für den Neubau einer zweiten Kremationslinie in Höhe von 1.172.000,00 € wird genehmigt.

2. Mit den Planungsleistungen für die Kremationstechnik wird das Büro Hummrich & Feigel GbR aus 98693 Ilmenau beauftragt.
3. Mit den Planungsleistungen für die Haustechnik (Heizung und Lüftung) wird das Büro ratioenergie aus Lörrach beauftragt.

TOP 5

Bebauungsplanverfahren „Zum Blauenblick, Änderung 1“ einschließlich dazugehöriger Örtlicher Bauvorschriften - Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB Vorlage: 002/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Fachbereichsleiter Schwenzer führt aus, dass er der Nachbarschaft und der Lebenshilfe für die konstruktiven Gespräche im Verlauf des Verfahrens danke.

Stadtrat Denzer fragt, ob man von Seiten der Verwaltung auch bei einem privaten Bauherrn so „locker und lässig“ verfahren hätte. Die Fraktion der Freien Wähler werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Heuer gibt an, dass die Fraktion der CDU der Vorlage so zustimmen werde. Die Stadt habe eine soziale Verpflichtung zu erfüllen. Die Fraktion nehme positiv zur Kenntnis, dass die Stadt die Verfahrenskosten trage.

Stadtrat Böhringer wirft ein, dass die Fraktion der SPD der Vorlage zustimmen werde.

Stadtrat Berg schließt sich Stadtrat Heuer an.

Fachbereichsleiter Schwenzer erklärt, dass es auf die jeweilige Situation ankomme und man dann gegebenenfalls Planänderungen durchführen könne.

Stadtrat Denzer betont, dass es gut sei, wenn die Verwaltung gegebenenfalls Planänderungen durchführe.

Bürgermeister Dr. Wilke äußert, dass man keinesfalls „locker und lässig“ verfahren konnte. Es seien intensive Gespräche geführt worden, die nun zu einem für alle positiven Ergebnis geführt haben.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Dem Vorentwurf des Bebauungsplanes und der Örtlichen Bauvorschriften wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB durchzuführen.

TOP 6

Veranstaltungen im Freien; Antrag der Fraktionsgemeinschaft Freie Wähler

Vorlage: 033/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und erklärt, dass die Verwaltung normalerweise jugendfreundlich agiere, dass aber auf den Antrag der Fraktion der Freien Wähler hin aus Gründen der Sicherheit, des Lärm- und Naturschutzes keine konkrete Fläche für größere Veranstaltungen im Freien gefunden werden konnte.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Vorlage vom Fachbereich Straßen / Verkehr / Sicherheit bearbeitet worden sei und sich der kommissarische Fachbereichsleiter aufgrund der späteren Personalwahl nicht zu der Vorlage äußern werde. Der Antrag der Freien Wähler solle aufgrund der bereits angesprochenen Problemstellungen nicht weiter verfolgt werden.

Stadtrat Lindemer ist der Meinung, dass die im Antrag genannten Anforderungen an eine Fläche Idealvorstellungen entsprächen. Die Verwaltung habe die Möglichkeit gehabt, die Kriterien zu modifizieren, um eine geeignete Fläche zu finden. Eine derartige Fläche werde in Lörrach dringend benötigt. Dies hätten Jugendliche bereits bei Umfragen im Vorfeld der Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen bestätigt. In Lörrach entwickle sich eine Kultur des Beschwerens. Der Antrag sei allgemein und für alle Gruppen gestellt worden und nicht nur für eine bestimmte Szene. Manche Ablehnungen in der Vorlage seien nicht nachvollziehbar. Beispielsweise die Ablehnung des Vorschlags bei der Laufenmühle eine entsprechende Fläche auszuweisen. Er wolle den Antrag nun zurückziehen und nach den Stellungnahmen der anderen Fraktionen erneut stellen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachdem der Antrag zurückgezogen wird, keine weiteren Stellungnahmen der anderen Fraktionen mehr erfolgen.

Stadtrat Lindemer verliert daraufhin einen neuen Antrag der Fraktion der Freien Wähler (Anlage 2).

Der Vorsitzende sagt dem Antragsteller eine erneute Prüfung zu. Hierbei seien Aspekte des Lärm- und Anwohnerschutzes zu berücksichtigen. Es sollen die Flächen aus dem Antrag auf der Grundlage der neuen Randbedingungen erneut geprüft werden. Möglich sei auch eine Ortsbegehung der Mitglieder des Gemeinderats mit den zuständigen Fachbereichsleitern.

TOP 7

Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuweisungen gemäß § 78 Abs. 4 GemO Vorlage: 058/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. der Vermittlung der dargestellten Zuwendung wird zugestimmt.

TOP 8

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Keine.

TOP 9

Allgemeine Anfragen

1. Standort Kreiskrankenhaus Lörrach

Stadtrat Glattacker regt an, dass sich die Fraktionen des Lörracher Gemeinderats parteiübergreifend für den Erhalt des Standortes des Kreiskrankenhauses in Lörrach einsetzen. Er wolle ein parteiübergreifendes Bündnis ins Leben rufen, dass sich gemeinsam für Lörrach als Standort des Kreiskrankenhauses einsetzt. Er wolle parteiübergreifende Aktionen durchführen und bittet um die Mithilfe der anderen Fraktionen im Gemeinderat. Ideen der anderen Fraktionen würde er begrüßen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Anregung und wolle diese aufnehmen.

Stadtrat Böhringer pocht auf den Erhalt des Standortes des Kreiskrankenhauses in Lörrach. Der Verlust sei nicht tragbar für das Oberzentrum Lörrach.

Der Vorsitzende tut kund, dass eine gute medizinische Versorgung der Stadt und des Landkreises auch in Zukunft gewährt werden müsse. Lörrach könne eine sehr gute Infrastruktur vorweisen. Die Stadt müsse dem Kreis aber auch geeignete Flächen für eine notwendig werdende Expansion vorhalten. Es gebe bereits Gespräche mit Grundstückseigentümern. Man arbeite an einer Lösung.

2. Bevölkerungszunahme Stetten-Süd

Stadtrat Pichlhöfer führt aus, dass die Bevölkerungszunahme in Stetten stark voranschreite. Viele Spielplätze seien für Jugendliche ungeeignet. Es bestehe großer Handlungsbedarf. Für die Jugendlichen müssten dringend andere Aufenthaltsräume geschaffen werden.

3. Situation Nellie Nashorn

Stadtrat Bernnat ist entgegen der Äußerungen anderer Personen in der Presse der Meinung, dass der Gemeinderat in der Angelegenheit Nellie Nashorn einen roten Faden verfolgt habe.

Der Vorsitzende gibt an, dass sich zur Unterstützung des Nellie Nashorn ein Freundeskreis konstituiert habe. Dieser werde von nun an eine aktive Rolle übernehmen. Die Stadt könne die örtliche Soziokultur nicht regeln, aber es gebe Akteure, die dies nun in die Hand nehmen. Es werde gewiss ein roter Faden verfolgt. Der Nebel lichte sich allmählich. Der Gastronomiebereich wurde umstrukturiert und schreibe wieder schwarze Zahlen. Die Kulturarbeit sei lebendig. Die Landeszuschüsse werde man voraussichtlich erhalten.

Stadträtin Cyperrek wolle Stadtrat Bernnat ergänzen. Sie sei schockiert über die Äußerung in der Zeitung, dass der Gemeinderat kein Interesse an der Einrichtung Nellie Nashorn habe. Sie habe zudem in Erfahrung bringen können, dass das Nellie Nashorn den Landeszuschuss mit großer Wahrscheinlichkeit erhalten wird.

Stadtrat Berg führt aus, dass die Äußerungen in der Presse mittlerweile schon wieder überholt seien. Es habe sich in dieser Woche bereits einiges getan. Er wolle sich für das Engagement des Oberbürgermeisters bedanken und freue sich über die Gründung des Fördervereins. Der Landeszuschuss sei sehr wichtig und er hoffe, dass das Nellie Nashorn den Zuschuss erhält.

4. Oberbürgermeister-Galerie

Stadträtin Cyperrek wolle wissen, wie der Sachstand hinsichtlich des Antrags der SPD-Fraktion zur Oberbürgermeister-Galerie im Rathaus sei.

Der Vorsitzende verspricht, darüber zu berichten.

5. Termin Belist

Stadträtin Höfler merkt an, dass der Termin für die Besichtigung des Baugebiets Belist ungünstig sei und bittet um Verschiebung.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass der Termin schon eine ganze Weile bekannt sei. Er bittet die Fraktionen darum, die Fraktionssitzungen zu verschieben.

TOP 10
Fragestunde der Bürger

Keine.

TOP 11
Offenlegungen

TOP 11.1
Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am Donnerstag, 26. März 2015

TOP 11.2
Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuweisungen gemäß § 78 Abs. 4 GemO (Kleinspenden bis 100,00 Euro)

TOP 11.3
Schreiben des Regierungspräsidiums über Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
gez. Kurfeß / Heuer

Schriftführung:
gez. Ockenfuß